

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden im Anzeiger
und für Anzeigen in der Zeitung
angenommen. - Geschäftsverhältnisse
Sachsen - Anzeiger Nr. 23.

Veröffentlichungen werden im Anzeiger
und für Anzeigen in der Zeitung
angenommen. - Geschäftsverhältnisse
Sachsen - Anzeiger Nr. 23.

Telegraphische: Tagesblatt Erzgebirge. Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druckverleger: Paul Leipzig Nr. 1999

Nr. 151

Dienstag, den 1. Juli 1924

19. Jahrgang

Rußlands wahres Gesicht.

Von Axel Schmidt.

In Deutschland gibt es viele Kreise, die von einer deutsch-russischen Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht schwärmen. Selbst der Wogenhardt-Zwischenfall, der doch zur Genüge zeigte, daß nicht wirtschaftliche Dinge, sondern weltrevolutionäre Pläne die bolschewistische Regierung beherrschen, hat diese Vorliebe nicht befechtigen können. Jetzt bringt die polnische Presse interessante Enthüllungen, die in der deutschen Presse bislang viel zu wenig Beachtung gefunden haben. Ein Berliner Blatt hat sich kürzlich aus Warschau melden lassen, daß die polnische Diplomatie den Plan hege, Ostpreußen als Ersatz für eine Entschädigung der wehrtauglichen und ukrainischen Gebiete Polens zu annektieren. An sich ist es ja nur zu bekannt, daß die Nationaldemokraten mit geringen Augen nach dem festen ostpreussischen Bissen schielen, hat doch seinerzeit ihr Führer Dmowski in seinem Blatt „Rzeczpospolita“ diese Provinz als „unbefreites Polen“ bezeichnet, das „Gedanken und Lippen des befreiten Polens“ beschäftigen müsse. Neu ist aber, daß nach einer Mitteilung der „Gaz. Warsz.“ des offiziellen Blattes der polnischen Regierung die sowjetrussische Vertretung in Warschau im Herbst 1923 dem polnischen auswärtigen Vize deutliche Anspielungen gemacht hat, daß Warschau nichts gegen eine Besetzung Ostpreußens durch Polen hätte, wenn es dafür der russischen Armee gestattet würde, einen Sprung durch das polnische Gebiet an die deutsche Grenze zu machen, um den deutschen Kommunisten bewaffnete Hilfe zu leisten. An einer Weigerung der polnischen Diplomatie soll dieser Vorschlag gescheitert sein. Der Grund für die Ablehnung liegt auf der Hand. Polen als Etappe für die rote Armee wäre natürlich bei einem Glücken des bolschewistischen Planes in den roten Strudel hineingezogen worden, wenn auch in Deutschland die Weltrevolution zum Ausbruch gekommen wäre. Bei einer Niederlage Sowjet-Rußland wäre aber Polen das Kampfgebiet geworden. Hier interessieren jedoch nicht Polens Gründe, sondern Sowjet-Rußlands Absichten. Diese Enthüllung bringt denjenigen, die schon mehrfach auf die antideutsche Außenpolitik Sowjet-Rußlands und die Veruche einer französisch-russischen Annäherung hingewiesen haben, nichts Neues. Hat doch Herrlot nach dem Siege der Linken in Frankreich Ende Mai einem japanischen Korrespondenten erklärt, daß er den Wunsch hege, die Beziehungen zu Sowjet-Rußland wieder aufzunehmen. Die Modalitäten für die Wiederaufnahme könne er freilich nicht mitteilen, weil diese von der Haltung der Russen abhängen. Kypow ist auf diese lebenswichtige Offerte die Antwort nicht schuldig geblieben, sondern hat erklärt, daß der Sieg der Linken berufen sei, die Beziehungen zwischen Sowjet-Rußland und Frankreich von Grund auf umzugestalten. Und der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat Herrlot telegraphisch zum „Siege der französischen Demokratie“ seinen Glückwunsch ausgesprochen.

Auf dem letzten kürzlich beendeten Kongreß der Kommunistenpartei in Moskau hat Sinowjew, der maßgebende Mann in auswärtigen Fragen nach Lenins Tod, folgende Direktiven für die russische Außenpolitik aufgestellt: „In den Fragen der Außenpolitik noch mehr Festigkeit, Vorlicht, Zurückhaltung in der Konzessionsfrage, Verbindung einer klugen Davorierungspolitik zwischen Festsitzen und Klappen mit der Bereitschaft, in einen wilden Angriff überzugehen, wenn die Verhältnisse zum Angriff im revolutionären Kampfe heranzreifen. Bei einer Wiederholung der deutschen Situation zum Angriff Majen.“

Zwar ist nicht Sinowjew Leiter der auswärtigen Politik, sondern Tschitscherin, aber bisher ist es doch stets so gewesen, daß das geschah, was der Vorsitzende der Dritten Internationale Sinowjew wollte. Und die Ablegung der gemäßigten Kommunistenführer in Deutschland durch die Dritte Internationale hat nur dann Zweck, wenn Sinowjews Lösung von der Weltrevolution in Deutschland wenigstens verflucht würde verwirklicht zu werden. Hier muß auf das Zirkular Nr. 8 des Politbüros an die thüringische kommunistische Organisation hingewiesen werden, daß der Vorwärts kürzlich veröffentlichte. Im Zirkular hieß es u. a.: „In Deutschland ist der geheime Bürgerkrieg immer mehr in einen offenen überzugehen im Begriffe. Daher erweist es sich als nötig, so schnell als möglich den Parteiapparat auf illegale Grundlage umzugestalten. Die erste Aufgabe der Kommunisten muß in der Vernichtung der Sozialdemokratie bestehen. Es muß daher eine wilde Bege gegen alle diese Coverings, Hühner und Kungen, wie auch gegen alle übrigen sozialdemokratischen Führer begonnen werden. Die Vernichtung der Sozialdemokratie ist die Vorbedingung für den Erfolg der Revolutionierung Deutschlands.“

Dieses Zirkular möchte, sollte man meinen, auch dem geduldeten Schwärmer für eine deutsch-russische gemeinsame Front zu denken geben.

Die verhäufte Kontrollkommission in Ungarn.

Die internationalen Kontrollkommissionen in Berlin ist aufgelöst, ohne daß die Zustimmung des Reichs-

regierung abgewartet wurde, die, wie unten gemeldet, nun ja erfolgt ist, auf die Stärke von 19 alliierten Offizieren gebracht worden, die sämtlich auf Reichskosten im Hotel Splendide untergebracht sind. Auf Reichskosten wurde ferner jedem Mitglied der Kommission ein Automobil zur Verfügung gestellt.

Gegen die Unterdrückung der deutschen Luftfahrt.

Eine anerkannt-würdige Gegenmaßnahme der deutschen Regierung.

Aus London wurde kürzlich gemeldet, daß die deutsche Regierung in einer Note ein Verbot der Landung englischer Flugzeuge ab 1. Juli angebroht habe, falls die Maschinen nicht genau den Vorschriften des Versailler Friedensvertrages entsprechend befunden werden, nachdem die Entente im Friedensvertrag hinsichtlich des deutschen Flugzeugbaues eine die Rotorstärke sowie die Steigungs- und Tragfähigkeit umfassende Berechnungsformel aufgestellt hat, deren Ueberschreiten Deutschland verboten ist. Die deutsche Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter diesen Umständen auch ausländische Flugzeuge, die über die Bestimmungen der Entente hinsichtlich der Rotorstärke usw. hinausgehen, in Deutschland nicht fliegen dürfen, weil sie ja sonst als Kriegsflugzeuge nach Auffassung der Entente zu betrachten seien.

Unter diesem Gesichtspunkt ist dann auch wiederholt die Beschlagnahme von notlandenden Flugzeugen der franko-rumänischen Luftverkehrs-Gesellschaft in Süddeutschland erfolgt. Eine Ausnahme wurde dagegen hinsichtlich des zurzeit der Aufstellung der erwähnten Bestimmungen bereits im Vertriebe befindlichen englisch-deutschen Luftverkehrs auf der Linie London-Amsterdarn-Berlin gemacht. Auf dieser Linie fliegen englische Maschinen vom Typ „Dagland 84“, die an Motorenstärke und Größe über das für Deutschland erlaubte Maß nicht hinausgehen. Deutscherseits wurde aber der englischen Regierung mitgeteilt, daß die Zulassung dieser Maschinen nur für eine bestimmte Frist erfolgen könne, es sei denn, daß England eine entsprechende Veränderung der dem deutschen Flugzeugbau auferlegten Bestimmungen durchsetzen könne. England erklärte sich hierzu auch bereit, doch scheinen die Verhandlungen zur Milderung der einschränkenden Bestimmungen ergebnislos gewesen zu sein.

Unter diesen Umständen hat sich die deutsche Regierung veranlaßt gesehen, vom 1. Juli ab keine englischen Flugzeuge mehr zuzulassen, die den Vorschriften nicht entsprechen.

Fortdauer des Wicums.

Die heute fortgeführten Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Wicum lassen leider erkennen, daß diese nur in sekundären Fragen zur Nachgiebigkeit geneigt ist. Sie verlangt im übrigen, die ungeheure Last der Wicumverträge für unbestimmte Zeit der deutschen Ruhrindustrie ungeschwächt weiter aufzubürden. Die Kohlenmengen sollen in vollem Umfang geliefert werden. Die Wicum zeigt sich nur geneigt, die Kohlensteuer um etwas herabzusetzen. Diese Nachgiebigkeit ist aber praktisch vollkommen bedeutungslos, weil die Kohlenbergwerke der Ruhr noch 15 Millionen Dollar Kohlensteuer schulden. Auch in allen anderen Punkten besteht die Wicum auf voller Leistung. Das gilt namentlich für Benzol und andere Kohlenprodukte. Die Belastung des Kohlenbergbaues wird aufrechterhalten.

Die Verlängerung der Wicumverträge steht noch nicht fest, da die Sachkommission der Ruhrindustrie angesichts der an den Wicumverträgen beteiligten deutschen Unternehmungen sich zu einem neuen Abschluß mit der Wicum nur verstehen kann, wenn tatsächlich wesentliche Erleichterungen eintreten und wenn ein Ende dieser Schwerebelastung der deutschen Industrie in Aussicht gestellt werden kann.

Ein neues Ententesdiktat

malen unsere Witschen an die Wand, um neuen Stoff zu demagogischer Hege gegen die deutsche Regierung und zur Hintertreibung geordneter Zustände in dem Verhältnis Deutschlands zu den früheren Feindstaaten zu gewinnen. In diesem Sinne wird schon jetzt die bevorstehende Sonderkonferenz ausgeschaltet, obwohl noch gar nichts an Einzelheiten über diesen Kongreß feststeht und sich am allerwenigsten heute bereits darüber etwas sagen läßt, in welcher Form die zu erwartenden Beschlüsse den beteiligten Staaten, vor allem dem Deutschen Reich, zur Ratifikation unterbreitet werden. Trotzdem wissen die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen, daß die deutschen Delegierten, wenn sie überhaupt in London zugelassen werden, dort weiter keine Aufgabe haben sollen, als zum Schluß die Deutschland auferlegten Bedingungen demütig zu unterschreiben. Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder, daß unsere Rechtsabteilungen völlig außerstande sind, selbst in den für das Vaterland wichtigsten außenpolitischen Fragen über ihre Parteibrille hinwegzusehen. Nach der Annahme des Dawes-Datums durch das Kabinett Marx kommt jetzt alles darauf an, die Ausführung dieses Datums, das sich in vielen Punkten nur auf prinzipielle Erklärungen beschränkt, so zu gestalten, daß die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands durch die Abtragung der

Reparationslast die möglichst geringen Schädigungen erleidet. Zu diesem Verufe ist es äußerst wünschenswert, daß das Deutsche Reich nicht nur während des ganzen Verlaufes der Konferenz auf ihr angemessen vertreten ist, sondern daß auch diese Vertreter mit denselben Rechten ausgestattet werden wie die anderen Teilnehmer, daß sie insbesondere erforderlichen Falls ausgiebige Gelegenheiten haben, durch Geltendmachung der deutschen Belange die Beschlüsse zu beeinflussen. Deshalb hätte die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland kein anderes Ziel, als in den Ententesländern eine Stimmung zu schaffen, die es den führenden Männern der Westmächte gestattet, den deutschen Delegierten eine derartige Rolle zu übertragen. Das Gegenteil aber wird erreicht, wenn schon jetzt die deutsche Rechtspresse die dahin gerichteten Bemühungen Herrlots und Macdonalds mit Spott und Scherz behandeln und von vornherein selbst die deutschen Vertreter in London zu Statisten degradiert. Öffentlich wird diese selbstmörderische Taktik erfolglos bleiben.

Die Finanzlage der Reichsbahn.

In einer längeren Darlegung, die durch das Wollfische Bureau veröffentlicht wird, wendet sich der Reichsverkehrsminister Dejer gegen die Anschauung, daß in dieser Zeit der allgemeinen Geld- und Kreditnot die Reichsbahn doch sogar über flüssige Gelder verfüge. Leider sei dem nicht so. Im Gegenteil, die Reichsbahn drückte manche Schulden, deren Begleichung noch ausstehe. Der Minister nennt den Wechselkredit der Eisenbahnlieferanten-G. m. b. H., das noch umlaufendwertbeständige Notgeld, die Schulden beim Reichsfinanzminister usw. Es sei ganz falsch, aus dem Umstände, daß an einzelnen Tagen der Reichsbahn ihre Ausgaben übersteigen, auf ihre besondere Geldflüssigkeit zu schließen.

Die mit Jahresbeginn durchgeführten Erhöhungen der Löhne und Gehälter hätten ein Maß erreicht, das die vorgesehenen Haushaltsmittel recht erheblich übersteigt. Auch diese Summen müßten aus dem Betrieb entnommen werden. Größere Bauten, die eine Substanzvermehrung darstellen, wurden früher auf dem Anteilbewege finanziert. Diese Möglichkeit ist uns heute verwehrt. Wir haben deshalb den größten Teil der begonnenen Bauten stilllegen müssen, neue Bestellungen nur noch im allergeringsten Umfange herausgeben können. Zur Finanzierung der Bauten und der Beschaffungen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind und nicht entbehrt werden können, stehen wiederum nur die laufenden Einnahmen zur Verfügung. Der Minister schließt: „Wir leben im wahren Sinne des Wortes von der Hand in den Mund. Man muß sich stets vor Augen halten, daß das Verkehrsweesen nur ein Glied der deutschen Volks- und Privatwirtschaft ist, und daß die deutsche Reichsbahn viel enger, als es mancher drauhen Stehende annimmt, mit dem Wohl und Wehe der Wirtschaft verbunden ist. Die bedrängte Lage der deutschen Wirtschaft ist bekannt und wirkt sich in vollem Maße auf die deutsche Reichsbahn aus.“

Deutscher Kaufmannsgehilfenkongreß.

Die große Kundgebung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, der 18. Deutsche Kaufmannsgehilfenkongreß, wurde in Anwesenheit von mehr als 2000 Vertretern der deutschen Kaufmannsgehilfen aus allen Teilen des Reichs, Deutsch-Österreichs und Böhmens sowie zahlreicher Ehrengäste am Sonntag in Königsberg feierlich eröffnet.

Ministerpräsident a. D. Stöcker wies namens des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelverbände auf die verantwortungsvollen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung hin. Das deutsche Klassenpaß von heute müsse sich durchringen zum Staatsvolk, zur wirtschaftlichen deutschen Volksgemeinschaft. In einer groß angelegten Rede sprach sodann Verbandsvorstand Hans Behag über „Volk, Staat und Wirtschaft“. Er führte u. a. aus: Durch Ursachen, die tief in unserer Vergangenheit wurzeln, unterlag das deutsche Volk geistig allzu leicht dem Siegeszug des Kapitalismus. Nur über die Gefinnungsgemeinschaft innerhalb der beruflichen Gruppierung und aller Schichten untereinander führt der Weg zu wahrer Volksgemeinschaft.

Der „Kote Tag“ bei Elyenach.

Sämtliche 400 Zollschweizer verhaftet.

Der kommunistische Reichsarbeiterkongreß „Kote Tag“ sollte bekanntlich bereits am 8. Juni und dann später, als das verboten war, am 20. Juni in Leipzig stattfinden. Diese Veranstaltungen wurden durch den Reichsminister des Innern verboten. Die Kommunisten beschloßen, den Kongreß nunmehr geheim abzuhalten. Es kam der Thüringer Regierung zur Kenntnis, daß die Teilnehmer sich heimlich truppweise als Touristen nach Elyenach begeben wollten, wo ihnen eine bestimmte Wirtshaus vorgeschrieben war.

Thüringer Landespolizeibeamte in Elyenach nahmen bereits gegen 6 Uhr früh an der ersten Zusammenkunft im Wirtshaus umweit den Ortseingang, teil. Die Polizei konnte